

Next Generation

Main-Taunus

Unser Programm

zur Kommunalwahl 2021

am 14. März

FDP



junge liberale

Main-Taunus

Bildung

Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie haben uns in der Forderung nach dem längst überfälligen Eintritt unserer Schulen in das Digitalzeitalter bestärkt. Unser Ansatz: Effizientes und flexibles E-Learning, statt abwechselnde Präsenzphasen mit Masken, offenen Fenstern und der Ungewissheit, ab wann wieder alle zuhause bleiben müssen. Die Infrastruktur und das Rahmenkonzept sollte hierbei vom Land kommen und die Schulen höchstmögliche Freiheit in der inhaltlichen Ausgestaltung haben.

Auch abseits einer Pandemiesituation wollen wir unsere Schulen zukunftsfähig machen. Dazu gehört freies WLAN, Zugang zu mobilen Endgeräten für Schüler und Lehrer und interaktives Schulinventar wie Smart Boards. Lehrkräften soll durch Schulungen zur Erstellung digitaler Lerninhalte unter die Arme gegriffen werden.

Immer mehr junge Menschen kommen in die Schuldnerberatungsstellen. Außerdem haben junge Menschen aufgrund mangelnder Wissensvermittlung kaum Alternativen zum Sparbuch. Dies stellt ein Problem für ihre Altersvorsorge sowie ihren Vermögensaufbau dar und gefährdet sie damit in der Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben. Wir fordern daher, dass schulformübergreifend ab der 8. Klasse externe Angebote aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verbraucherberatung zur finanziellen Bildung wahrgenommen werden können. Die Abdeckung bestimmter Kernkompetenzen wie Altersvorsorge, Kapitalanlage, Absicherung und Ausgabenkontrolle soll damit verbindlich durch die Schulen angeboten werden.

Unserer Meinung nach ist es wichtig Schülern der Oberstufe, die oft schon wahlberechtigt sind, politische Kompetenzen zu vermitteln, um somit der deutlich erkennbaren Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Wir Junge Liberale Main-Taunus fordern daher ein Programm des Kreises zur Förderung der politischen Bildung. So sollen beispielweise Podiumsdiskussionen und Fragerunden mit Kommunalpolitikern veranstaltet werden.

Die Veränderungen durch das „Schulfreiheitsgesetz“ begrüßen wir, jedoch gehen sie uns noch nicht weit genug. Wir möchten allen Schulen noch mehr Eigenverantwortung in der Verwendung des Schulbudgets geben.

In seinem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich der Main-Taunus-Kreis bereits vorgenommen seine Schulen barrierefrei zu gestalten. Die Jungen Liberalen fordern, dass es nicht bei dem bloßen Vorhaben bleibt, sondern das Thema forciert wird. Niemand soll aufgrund irgendwelcher Beeinträchtigungen schlechtere Bildungschancen haben.

Wirtschaftsförderung

Das Kernversprechen der sozialen Marktwirtschaft ist das Weiterkommen durch eigene Leistung. Der Grundstein für unseren Wohlstand liegt in der prosperierenden Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, mit seinen vielfältigen Möglichkeiten für junge Unternehmen. Eben diese erwirtschaften den Wohlstand von Morgen! Aus diesen Gründen sprechen sich die Julis Main-Taunus für eine vertiefte Wirtschaftsförderung auf Kreisebene aus.

Eine der größten Hürden für Gründer stellt das Finden geeigneter Räumlichkeiten im Main-Taunus-Kreis dar. Um jungen Menschen das Gründen zu erleichtern, fordern die Julis Main-Taunus eine temporäre Bereitstellung von Räumlichkeiten für Gründer durch den Kreis. Dies kann in Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Gründerzentren und Vereinen erreicht werden.

Bürokratische Hürden sollen abgebaut werden und die verbleibenden durch weitere Digitalisierung auf ein Mindestmaß reduziert werden. Gründer sollen sich auf ihre Idee konzentrieren können und nicht auf das Ausfüllen von Formularen!

Um den Main-Taunus-Kreis auch weiterhin als attraktiven Standort gegenüber Frankfurt zu positionieren, sprechen sich die Julis Main-Taunus für die Stabilität der Gewerbesteuerhebesätze auf kommunaler Ebene aus. Im Rahmen der Flächenpolitik ist insbesondere die zukünftige Ansiedlung innovativer Unternehmen im Kreis zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollen die Kommunen zu verstärktem Standortmarketing angeregt werden.

Die digitale Infrastruktur bildet heute das Rückgrat der modernen Informationsgesellschaft und des zukünftigen wirtschaftlichen Erfolgs des Main-Taunus-Kreises. Ein wachsender Bedarf nach größeren Bandbreiten ist, sowohl bei den Unternehmen des Kreises als auch bei den Haushalten, zu erkennen. Eine engere Zusammenarbeit der Kommunen und Kompetenzbündelung auf Kreisebene können den Netzausbau beschleunigen. Die Julis Main-Taunus stellen fest, dass Glasfaser als einzige Technologie die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden und Haushalte nach wachsenden Bandbreiten decken kann. Glasfaser ist entsprechend zu bevorzugen.

Mobilität

Der Main-Taunus-Kreis ist zwar der flächenmäßig kleinste Kreis in ganz Deutschland, besitzt aber die zweithöchste Bevölkerungsdichte. Besonders junge Menschen und Pendler sind daher auf einen funktionierenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen. Wir setzen uns für eine höhere Taktrate für Bus- und Bahnverbindungen ein, zusätzlich sollen die RMV-Nachtlinien ausgebaut werden. Abseits starrer Fahrpläne möchten wir mit Mobilität-on-Demand mehr Flexibilität in den ÖPNV bringen. Per App soll es in Zukunft möglich sein, im Kleinbus von A nach B zu kommen. Dank Pooling-Lösung können mehrere Menschen mit ähnlichen Reisezielen im gleichen Bus sitzen, ähnlich wie es heutzutage mit dem Anrufsammeltaxi (AST) der Fall ist. Ebenfalls streiten wir für den Ausbau der Fahrradwege innerhalb des Kreises und entlang Schnellradwege nach Frankfurt, Wiesbaden und Mainz. Denn Fahrräder bilden eine günstige und umweltschonende Alternative zu anderen Verkehrsmitteln.

Die Jungen Liberalen bekennen sich zur individuellen Mobilität. Jeder Bürger sollte selbst entscheiden können, welches Fortbewegungsmittel er verwendet. Deswegen favorisieren wir keine bestimmte Mobilitätsform, sondern berücksichtigen die unterschiedlichen Bedürfnisse.

Im Main-Taunus-Kreis sind mehr als 190.000 Autos unterwegs, damit beweisen die Kreisbewohner eine große Affinität zu den Kraftfahrzeugen. Diesem Fakt möchten wir Rechnung tragen und unterstützen deshalb den Bau von Umgehungsstraßen, um die Bewohner zu entlasten und Emissionen sowie Lärmbelastung zu reduzieren. Auch soll geprüft werden, inwiefern öffentliche Parkplätze in die Höhe und/oder in die Tiefe gebaut werden können, um möglichst wenig Baugrund in Anspruch zu nehmen. Dabei soll primär auf private Anbieter zurückgegriffen werden, um einen (Kosten-)Effizienten Betrieb zu gewährleisten.

Fußgänger gehören zu den Verkehrsteilnehmern, die bislang den geringsten Rückhalt in der Politik genießen. Ihren Schutz möchten wir voranbringen und fordern deswegen smarte Zebrastreife, um sie bei der Straßenüberquerung besser zu protektieren. Auch müssen Bürgersteige breit und ungefährlich gestaltet werden, damit sie nicht zur Gefahrenzone werden.